



HESSISCHER LANDTAG

05. 05. 2021

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Großbritannien ist der Grundstein für starke hessisch-britische Beziehungen auch in Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass das Europäische Parlament am 27. April 2021 mit überwältigender Mehrheit dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und Nordirland zugestimmt hat. Mit einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft haben beide Verhandlungsparteien den Weg für stabile Beziehungen auf Augenhöhe geebnet. Vier Monate nach dem vollständigen Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus dem Binnenmarkt und der Zollunion sind damit alle maßgeblichen Unsicherheiten im Hinblick auf die künftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie zum Aufenthaltsrecht für EU-Bürger und britische Staatsangehörige geklärt. Für das Land Hessen ist das geschlossene Abkommen der Grundstein, auch in Zukunft starke hessisch-britische Beziehungen zu pflegen.
2. Der Landtag würdigt den Geist des Handels- und Kooperationsabkommens, in dem beide Partner die Bedeutung und Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte als Maxime ihrer Innen- und Außenpolitik definieren. Wertschätzung und die gegenseitige Anerkennung existierender politischer und wirtschaftlicher Interessen sind elementar für eine erfolgreiche Partnerschaft. Dies gilt auch und insbesondere der Achtung des Völkerrechts, der Subsidiarität und der nationalstaatlichen Souveränität des Vereinigten Königreiches. Angesichts der jahrzehntelangen freundschaftlichen Verbundenheit Hessens mit dem Vereinigten Königreich müssen diese Grundwerte auch in Zukunft die hessische Europapolitik prägen.
3. Der Landtag betont, dass Großbritannien auch nach dem Brexit ein starker und verlässlicher Partner bei der Bewältigung europäischer und internationaler Herausforderungen bleibt. Enge Wirtschaftsbeziehungen, gemeinsame Positionen in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen (UN) und faire bi-/multilaterale Abkommen sind im Interesse Deutschlands. Dies muss auch für Bereiche wie etwa das Datenschutzrecht, Finanzdienstleistungen oder die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Familiensachen gelten, die im Handels- und Kooperationsabkommen nicht vollwertig ausverhandelt wurden, aber für das Land Hessen von Bedeutung sind. Der Landtag bittet die Landesregierung, dies im Bundesrat vorzubringen und sich dafür einzusetzen, dass diese Angelegenheiten auf europäischer Ebene nachverhandelt werden.
4. Der Landtag sieht in der Vertiefung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit eines der wichtigsten Handlungsfelder für die Zukunft. Die nachhaltige Bekämpfung international agierender Bedrohungen wie der Cyberkriminalität, der Geldwäsche und in erster Linie der islamistische Terrorismus kann nur durch eine koordinierte und lückenlose Zusammenarbeit auch mit den britischen Sicherheitsbehörden gelingen. Nicht nur die bessere Vernetzung sicherheitsbehördlicher Datenbanken und Informationssysteme, sondern auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Behörden wie Europol wird für die hessisch-britische Sicherheitszusammenarbeit unserer Polizei-, Justiz- und Sicherheitsbehörden immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das ebenfalls geschlossene Geheimchutzabkommen ist hierfür ein erster Schritt in die richtige Richtung.
5. Die Exporte Hessens nach Großbritannien sind im vergangenen Jahr um 5 % auf 4,4 Mrd. € gewachsen. Damit haben die hessisch-britischen Wirtschaftsbeziehungen dem Brexit und der Corona-Pandemie getrotzt. Es ist im Interesse der exportorientierten hessischen Wirtschaft, diesen Trend auch nach dem vollständigen Ausscheiden des Vereinigten Königreiches aus dem Binnenmarkt fortzusetzen. Der Landtag unterstützt folglich eine

Stärkung der wirtschafts- und handelspolitischen Partnerschaft zwischen Hessen und dem Vereinigten Königreich, die auch Kooperationen in den Bereichen Bildung, Digitalisierung, Tourismus, Wissenschaft sowie eine umfassende Unterstützung hessischer Unternehmen umfasst. Faire Wettbewerbsbedingungen und ein gleichberechtigter Marktzugang sind hierfür maßgeblich.

6. Der Landtag bedauert, dass das Vereinigte Königreich infolge des Austritts aus der EU im Zeitraum 2021 bis 2027 nicht länger am ERASMUS-Austauschprogramm teilnehmen wird. Hierdurch wird vielen Schülern, Studenten und Auszubildenden in Hessen eine wertvolle Studien- und Arbeitserfahrung im englischsprachigen Ausland und die praxisorientierte Stärkung von Fremdsprachenkompetenzen verwehrt. In Abstimmung mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung muss sich Hessen dafür einsetzen, dass auch in der nächsten Programmgeneration Austausch- und Mobilitätsmaßnahmen in das Vereinigte Königreich möglich sind und chancengerecht gefördert werden.
7. Der Landtag begreift die kommunalen Partnerschaften als große Chance, die Beziehungen zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene zu fördern. Sie haben eine verbindende Wirkung und tragen – auch ohne EU-Mitgliedschaft Großbritanniens – dazu bei, dass Menschen beider Staaten durch Begegnung, Vernetzung und gemeinsame Aktivitäten in den unterschiedlichsten Bereichen den europäischen Gedanken leben. Daher regt der Landtag gegenüber den Kommunen an, aktiv den Dialog mit britischen Gebietskörperschaften und in Hessen lebenden Briten zu suchen, um Wege einer gemeinsamen, interregionalen Zusammenarbeit und Partnerschaften auf kommunaler Ebene zu finden.
8. Der Landtag ist fest davon überzeugt, dass die tiefe freundschaftliche Verbundenheit zwischen Hessen und dem britischen Volk auch nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU und möglichen neuen Konflikten in Zukunft ungehindert fortbestehen wird. Er betont, dass es nicht nur an Politik und Wirtschaft, sondern auch an den Menschen liegt, die hessisch-britischen Beziehungen durch ehrenamtliche Projekte in unterschiedlichen Bereichen (Bildung, Forschung, Digitalisierung, Jugendförderung, Kultur, Sport, etc.) mit Leben zu füllen. Das Land Hessen wird diesen Prozess jederzeit gemeinsam mit relevanten Akteuren, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft konstruktiv begleiten.
9. Im Zeitalter der Digitalisierung gewinnt die binationale Vernetzung von Jugendlichen in Hessen und Großbritannien an immer größerer Bedeutung. Dies bietet große Chancen zur nachhaltigen Pflege von Partnerschaften und zur Durchführung gemeinsamer Projekte, wie sie beispielsweise bereits durch das eTwinning-Programm stattfinden. Der Landtag regt daher an, die Gründung eines bilateralen deutsch-britischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von jungen Menschen ernsthaft zu prüfen. Dieses sollte breit durch möglichst viele Bundesländer getragen werden und Erfahrungen bereits bestehender Organisationen umfassend berücksichtigen.
10. Der Landtag wertet den Brexit als eindeutigen Beleg dafür, dass eine ehrliche und ergebnisoffene Debatte über Fehlentwicklungen und Reformbedarf der EU notwendiger denn je ist. Die Konferenz zur Zukunft Europas, die die nationalen Parlamente, regionalen und lokalen Behörden und die Bürger in den Mitgliedsstaaten in einen aktiven Dialog über die Demokratisierung der EU einbezieht, kann allenfalls ein erster Schritt dafür sein, die nationalstaatliche Souveränität und die Prinzipien Eigenverantwortung, Subsidiarität und Vertragstreue wieder zu stärken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. April 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe